



Pâtisserie-Betreiberin Bergmann

Nora Klein / DER SPIEGEL

# Wenn die eigenen Kunden AfD wählen

**GESELLSCHAFT** Ostdeutsche Unternehmer fürchten die Wirtschaftspolitik der Höcke-Partei. Das öffentlich zu sagen ist heikel. Manche wagen es trotzdem.



Autoteileproduzenten Kümmer

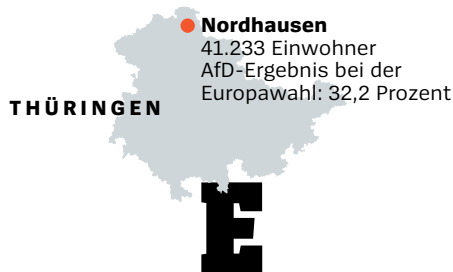
Nora Klein / DER SPIEGEL



Reiseunternehmerin Brauer, Ehemann Zombik

Nora Klein / DER SPIEGEL





Es gibt kaum ein Problem, mit dem Katrin Brauer nicht fertig wird: Reifenpannen, stornierte Hotels, medizinische Notfälle. Seit Jahrzehnten organisiert sie Busreisen, bis ans Nordkap oder nach Andalusien, an die irische Westküste oder nach Tallinn. Nur bei einem Thema ist sie ratlos.

Die 53-Jährige würde gern verstehen, warum die AfD in ihrer Heimat so weit aufsteigen konnte. Bei der Europawahl stimmte ein knappes Drittel der Nordhausener für die Rechtsaußenpartei, und bei der Landtagswahl, fürchtet die Unternehmerin, dürften es kaum weniger werden.

Sie kennt viele dieser Wähler gut. Es sind ihre Kunden. Brauers Busse gabeln sie in Bleicherode oder Ruxleben auf, fahren sie nach Tschechien und Paris. Sie weiß, dass ihnen die niedrigen Löhne und Renten zu schaffen machen. »Geschimpft haben die Leute schon immer«, sagt Brauer, »aber deshalb doch nicht rechtsextrem gewählt.«

Sie fühlt sich durch die AfD zweifach bedroht, als Bürgerin und als Unternehmerin. Schon als Kind habe sie Osteuropa bereist, »so weit es für uns eben ging«, ihre Eltern habe immer das Fernweh geplagt. Sobald die Grenze offen war, gründeten sie den Betrieb, und der wuchs schnell, weil die Nordhausener nicht genug bekommen konnten von der Welt, die ihnen versperrt gewesen war.

Jetzt wählen so viele eine Partei, die Abschottung predigt und das Fremde abwertet. Rau geworden sei das Klima, erinnert sich Brauer, seit 2015, als Menschen ins Stadtbild kamen, die anders aussehen und sprechen, Frauen mit Kopftuch, Männer mit dunklerer Haut.

»Kriege in Afghanistan, Syrien und jetzt der Ukraine, Krisen in Afrika. Davon bleiben auch wir nicht unberührt«, sagt Brauer. Unter ihren 25 Beschäftigten sind ein Syrer und ein Afghane. Viele Nordhausener indes blendeten die Ursachen völlig aus, sahen nur, was Ausländer vom Staat bekämen.

Lange beobachteten Brauer und ihr Mann den Rechtsruck nur. In diesem Winter aber sei das Gefühl gewachsen, dass sie nicht länger untätig bleiben könnten: die AfD-Fantasien von »Remigration«, die Thüringen-AfD in Umfragen bei 36 Prozent, »einfach gruselig«.

Ihr Mann ist aus seinem Büro herübergekommen. »Den Euro abschaffen, Grenzen wieder kontrollieren«, sagt Jens Zombik, 56, »damit haben die den Europawahlkampf bestritten.« Co-Parteichefin Alice Weidel habe

den Brexit gar als Vorbild für Deutschland bezeichnet.

Dabei wäre ein Ende des Binnenmarkts fatal, sagt Zombik. Für ihr Unternehmen, das Reisen quer durch den Kontinent veranstaltet, und auch für alle Bürger. »Allein schon die unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen, das wäre Wahnsinn«, sagt Zombik. »Die Leute verstehen nicht im Ansatz, was für Verluste das mit sich brächte.«

Doch was tun? »Unsere Reisebegleiter und Busfahrer können das schlecht ansprechen, Politik hat im Bus nichts zu suchen.« Sie haben sich der Initiative »Weltoffenes Thüringen« angeschlossen, wie fast 8000 andere Unternehmen, Sportvereine, Wohlfahrtsverbände, Kulturbetriebe und Privatleute. »Aber eigentlich haben wir uns nur auf der Website eingetragen«, sagt Brauer, »wir haben ja noch nicht mal ein Schild mit dem Logo an der Tür angebracht.«

Die Landtagswahlen im September drohen zum Triumphzug der AfD zu werden. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg könnte die in Teilen rechtsextremistische Partei stärkste Kraft werden.

Einst war sie maßgeblich von Ökonomieprofessoren gegründet worden. Heute stehen ein selbstständiger Malermeister und eine Unternehmensberaterin an ihrer Spitze. Trotzdem findet sie in den Chefetagen kaum Fans, auch im Osten nicht. Dort sieht eine absolute Mehrheit der Industrieunternehmen laut einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in einer starken AfD »eher Risiken« – für den Bestand der EU und des Euro, die Fachkräftesicherung, Investitionen und allgemein den Wirtschaftsstand-



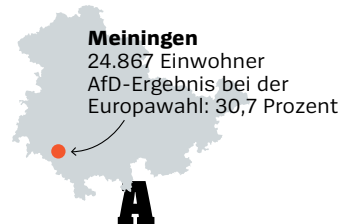
AfD-Plakate

ort. Für so ziemlich alles also, was ökonomisch wichtig ist.

Vor allem glaubt kaum ein Unternehmer das Gegenteil: dass eine starke Rechtspartei wirtschaftlich eine Chance sei. Je nach Aspekt sehen das im Osten nur 5 bis 15 Prozent so, im Westen sind es 3 bis 8 Prozent. »Überraschend« findet IW-Forscher Knut Bergmann, wie ähnlich die Sicht auf die AfD in Ost und West ist.

Allerdings halten im Osten weit mehr Unternehmer still. Nur 29 Prozent haben sich dort nach eigenen Angaben öffentlich gegen die AfD positioniert, im Westen ist es die Hälfte. Im eigenen Betrieb sprechen sich im Osten nur 42 Prozent gegen die AfD aus, im Westen 56 Prozent.

Warum ist das so? In Thüringen, wo die AfD keine Konkurrenz auf Augenhöhe mehr hat, stecken die Unternehmen in einem Dilemma. Sie müssen einer Partei entgegenreten, die auch von Kunden und den eigenen Angestellten gewählt wird.



Andrea Nahles steht auf der Galerieetage von Adtran Networking, unter ihr Hunderte Arbeitsplätze mit PCs, Feinwerkzeug und Messelektronik bis zur gläsernen Stirnwand, dahinter das grüne Hügelidyll der Rhön. Eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte.

Die Chefin der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist in ihrem Element. Gerade hat sie sich, viel Geschäcker und Gelächter, durchs Werk des von früheren DDR-Robotron-Beschäftigten gegründeten Glasfasertechnikkonzerns führen lassen, mit Azubis und Dualen Studierenden gesprochen und selbst eine Schaltung gelötet: Auf Knopfdruck leuchtete ein »A« in changierenden Farben. Großer Jubel.

Dabei ist die Lage ernst. Die Zahl geeigneter Bewerber sei über die Jahre stark gesunken, hat das Management berichtet. Von 5000 unbesetzten Ausbildungsplätzen in der Region bei nur 2000 unversorgten Jugendlichen spricht der BA-Regionalchef: »Es sind einfach zu wenige Menschen geboren worden.« Es fehlen die Kinder jener Menschen, die nach der Wende in den Westen abgewandert sind.

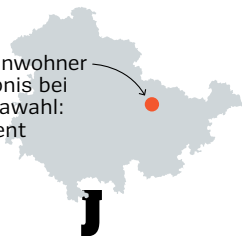
Wenn hier 3000 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, erklärt Nahles, fehlen den Unternehmen später die benötigten Fachkräfte. Eine Gefahr für den Fortbestand insbesondere kleinerer Unternehmen.

Nahles sieht darin ein Menetekel für das gesamte Land. Der Osten, sagt sie, erlebe schon heute, was der alternden Republik bevorstehe. »Sieben Millionen Arbeitskräfte werden uns bis 2035 durch die Demografie verloren gehen. Die Hälfte davon müssen wir aus eigenem Bestand ausgleichen – Frauen,

Ältere, Arbeitslose. Die andere Hälfte aber«, Nahles hebt die Stimme, »werden wir nur durch Zuwanderung schaffen«.

In Thüringen, so Nahles, speise sich der Beschäftigungszuwachs schon seit 2017 ausschließlich aus ausländischen Arbeitskräften. Im gesamten Bundesgebiet sei das erst seit 2023 der Fall. »Wir müssen offen für Arbeitskräfte von außen sein, sonst werden wir unseren Wohlstand nicht halten.«

**Jena**  
110.791 Einwohner  
AfD-Ergebnis bei  
der Europawahl:  
14,4 Prozent



Jenoptik zeigt, wie es aussehen kann, den Rechtsruck nicht einfach nur hinzunehmen. Der Technologiekonzern startete Ende 2023 eine Kampagne. Mitarbeiter, viele mit Migrationshintergrund, werben im Netz und auf Plakaten mit dem Slogan »Bleib offen« für Vielfalt. Die Aktion richtet sich zwar explizit nicht gegen die AfD, aber klar ist, wer gemeint ist.

Bei Jenoptik fürchten sie, ausländische Mitarbeiter zu verlieren oder Talente nicht zum Umzug nach Jena bewegen zu können, wenn sich die Stimmung weiter verdüstere, zumal nach einem möglichen Wahlsieg der Rechtsextremen.

Konzernchef Stefan Traeger, ein gebürtiger Jenaer, sagte zum Start der Aktion, man sei innovativ »in erster Linie durch unsere gut 4500 Mitarbeiter, die allein in Thüringen aus

29 Ländern kommen«. Ob die Kampagne nach der Landtagswahl fortgesetzt wird oder wie man auf eine Regierungspartei AfD reagieren würde, kann der Konzern allerdings nicht sagen. Das Thema ist auch für Jenoptik heikel.

Der Konzern ist weltweit führend in der Photoniktechnologie für die Halbleiterindustrie, einer von wenigen Leuchttürmen in der ostdeutschen Unternehmenslandschaft. »Wenn wir irgendwann nicht mehr unsere Produkte liefern können«, sagt Traeger selbstbewusst, »kann die Welt keine Chips mehr bauen.« So breitbeinig können nicht alle Unternehmen hier auftreten.

Der Osten liege in der Produktivität immer noch weit zurück, sagt Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts. Es gebe nur wenige Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten, was problematisch sei, weil Sprunginnovationen und technischer Fortschritt eher von Großunternehmen ausgingen. Generell seien die Betriebe kleiner als im Westen, der Kapitalstock sei älter, ebenso die Belegschaft – das alles drücke die Produktivität.

Eine Folge: deutlich niedrigere Gehälter. Dabei spiele keine Rolle, dass im Osten auch das Preisniveau niedriger ist und manches durch staatliche Transfers ausgeglichen wird. »Der Lohnunterschied sorgt für Verdruss«, sagt der Ökonom.

Es gebe einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, für die AfD zu stimmen, und dieser latenten Unzufriedenheit – sowie der Unsicherheit darüber, was wirtschaftlich noch alles auf die Menschen zukomme: »Aus Angst davor wählt man extrem.«

## »Müssten alle Geflüchteten gehen, wäre unsere Existenz bedroht.«

**Christian Kümmel,**  
Autozulieferer

Neben der AfD kann auch das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ein starkes Wahlergebnis erwarten. Die Partei gibt sich in Sachen Zuwanderung fast ebenso rigoros.

»Wir haben schon jetzt im Osten enorme Probleme, Investoren und ausländische Fachkräfte zu gewinnen. Das würde noch schlimmer, wenn die AfD oder das BSW an einer Landesregierung beteiligt würden«, sagt Ragnitz, der bei Gesprächen mit Unternehmen und Arbeitskräften in Sachsen heraushört, wie abschreckend die deutschnationalen Töne bereits wirken.



**Nottetal-Heilingen Höhen**  
5855 Einwohner  
AfD-Ergebnis bei der  
Europawahl: 45,2 Prozent

Wenn Christian Kümmel, Chef des Autozulieferers Kümmel Fahrzeugteile, in die »Stadtgespräch«-Facebook-Gruppe schaut, kann er es manchmal kaum fassen: »Was da abgeht, ist wirklich heftig, teilweise einfach menschenverachtend. Es gibt nur ein Thema und dazu nur eine Richtung.«

Das »eine Thema« findet man ein paar Hundert Meter hinter der Grenze des Ortsteils Schlotheim, rechts von der Landstraße in Garnisonsgebäuden der früheren Sowjetarmee. Rund 800 Asylsuchende leben in der Gemeinschaftsunterkunft, die auf 400 Menschen ausgelegt ist, dazu noch einige in Wohnungen im Ort. Auch Kinder und Frauen sind darunter, vor allem jedoch junge Männer, viele aus dem arabischen Raum. Auf rund fünf Alteingesessene kommt ein Geflüchteter. 400 mehr Männer als Frauen verzeichnet die Statistik in der Bevölkerung der abgeschiedenen Landgemeinde im dünn besiedelten Hügelland Westthüringens.

Die Stimmung sei zunehmend aggressiv, berichtet Kümmel. Der Tenor: Die Ausländer würden im Supermarkt stehlen, im Park herumlungern, Gewalt provozieren. »Vor allem auf Facebook gibt es keine Hemmschwelle mehr.« Wenn wieder einmal alle Grenzen überschritten würden, mische er sich ein: »Nicht um die Hater zu überzeugen, sondern die schweigende Mehrheit, die mitliest. Die sollen sehen, dass es noch andere Meinungen gibt.« Eines sei ihm dabei aber wichtig: »Ich mache das als Christian, und diese private Person

trenne ich strikt vom Unternehmer Kümmel.« Kümmel führt seinen Betrieb in vierter Generation. Wobei es da Unterbrechungen gab: 1925 als Seilereibetrieb gestartet, produzierte der Betrieb nach dem Krieg Taschen und erste Innenverkleidungen für Autos, er wurde 1972 von der DDR enteignet. Erst 1991 erhielt Kümmels Familie ihn zurück.

Heute fertigt die Autoteilefirma für das Luxussegment, Lederummantelungen für Mittelkonsolen oder Spaltabdeckungen unter Lenkrädern. Hohe Ansprüche, viel Handarbeit, zwischen Manufaktur und Industriebetrieb. Das Geschäft ist stabil, »Luxus läuft auch in der Krise«, Kümmels Auftragsbuch ist voll, er plant mit Wachstum, von jetzt 69 auf 100 Beschäftigte.

Es könne, sagt Kümmel, 48, indes auch anders kommen. Wenn eine Regierung im großen Stil abschöbe. »Ein Fünftel meiner Leute sind Geflüchtete, hier arbeiten acht Nationalitäten. Wenn es hieße, alle aus Afghanistan oder Georgien müssen übermorgen gehen, kann ich meine Aufträge nicht mehr erfüllen. Unsere Existenz wäre bedroht.«

Wer im Betrieb anfangen will, benötige keine formale Ausbildung, aber handwerkliches Geschick und Motivation, sagt seine Frau Katrin, 50, die Kommunikationschefin. Gearbeitet wird im Akkord, Basis ist der Mindestlohn. Sie versuchen es immer wieder mit einheimischen Bewerbern, doch viele blieben höchstens zwei Wochen. Acht Stunden stehen, das sei zu anstrengend. »Die brauchen wohl den Stempel fürs Jobcenter, dass sie es versucht haben«, sagt sie. Neue Mitarbeiter finde man seit Längerem fast nur noch unter den Geflüchteten. »Wir haben einen guten Draht zum Landratsamt. Wenn da einer sitzt, der in seiner Heimat Tischler war und unbedingt arbeiten will, wissen die, der könnte zu uns passen.«

Aber passt er auch zu Kümmels deutscher Belegschaft, von der, da macht er sich nichts vor, wohl auch ein Gutteil AfD wählt? Schon öfter, erzählt er, habe ein Deutscher erklärt, er arbeite nicht mit einem Ausländer. »Komm«, antwortete er dann, »probier's aus, und wenn's schlimm ist, reden wir darüber.« Fast immer arbeiteten die beiden dann »sehr, sehr gut« zusammen.

Als Chef, betont Kümmel, grenze er niemanden aus, auch keinen Rechtsextremen. Er ermuntere seine Mitarbeiter, zur Wahl zu gehen, aber er werde keinem sagen, er solle nicht die AfD wählen.

Einer seiner Angestellten sei »ein richtiger Nazi« gewesen. Kümmel habe das Gespräch gesucht, unter vier Augen, nachgefragt, zugehört. Am Ende habe er ihm gesagt: »Ich habe nur einen Wunsch: Informieren Sie sich auch aus anderen Quellen als YouTube.« Geändert habe das nichts an den Einstellungen des Mannes, sagt Katrin Kümmel, aber er sei beeindruckt gewesen von der Art, wie der Chef mit ihm gesprochen habe.

Dann erzählt Christian Kümmel eine Geschichte: Den ersten dunkelhäutigen Mit-

## Position beziehen

Zustimmung und Ablehnung einer persönlichen Positionierung gegen die AfD, in Prozent\*

■ ja ■ weiß nicht/keine Angabe ■ nein

**»Ich habe mich bereits persönlich in der Öffentlichkeit außerhalb des Betriebes aktiv gegen die AfD positioniert.«**

Ostdeutschland 29 12 59

Westdeutschland 50 6 44

**»Ich habe mich persönlich innerhalb des Betriebes oder gegenüber der Belegschaft aktiv gegen die AfD positioniert.«**

Ostdeutschland 42 8 50

Westdeutschland 56 6 38

**»Ich finde einige Positionen der AfD sinnvoll oder grundsätzlich vertretbar und möchte mich daher nicht gegen sie positionieren.«**

Ostdeutschland 29 16 56

Westdeutschland 22 9 69

\* Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin

5-Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 47, 2024; Befragung im März und April 2024 in rund 900 Unternehmen aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen; gewichtet; von 100 abweichende Prozent: rundungsbedingt

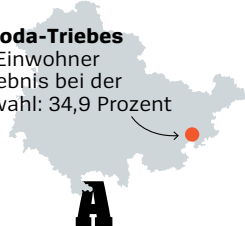
arbeiter, »den haben alle geliebt, das war so ein lieber, freundlicher Mensch«. Offenkundig aber ohne Asylgrund, über Nacht sei er vor seiner Abschiebung geflohen, über die Grenze. »Die Kollegen haben getrauert. Die hatten noch lange über WhatsApp Kontakt zu ihm, wussten, wo er ist, die würden den niemals verpeifen.«

Aber wenn einige dieser Kollegen nach Feierabend auf der Straße jemand sähen, der vom Äußeren her sein Bruder sein könnte, sagt Kümmel, »würden sie über ihn schimpfen«.

Lange hätten seine Frau und er zuletzt überlegt, ob sie sich öffentlich positionieren wollten. »Als Firma halten wir uns aus der Politik raus. Aber was gerade passiert, ist sehr, sehr kritisch. Wenn eine rechtsextreme Partei regierungsfähig werden könnte, ist es unsere Aufgabe, klarzumachen, dass wir dagegen sind.« Die Firma wirbt jetzt auf Instagram für Vielfalt, ein Posting zeigt eine Weltkarte mit den Herkunftsländern der Mitarbeiter, ein anderes stellt klar: »Nie wieder ist jetzt.«

»Wir hatten schon zwei Diktaturen, und die Firma hat das irgendwie überlebt«, sagt Christian Kümmel, »eine dritte wollen wir nicht.«

**Zeulenroda-Triebes**  
15.890 Einwohner  
AfD-Ergebnis bei der  
Europawahl: 34,9 Prozent



Angst vor einer Diktatur? Doreen Bergmann zögert. Nein, das mag sie sich nicht vorstellen. Wie auch, an diesem bezaubernden Ort, den

sie hier geschaffen hat: die Patisserie Bergmann im alten Fachwerk-Dreiseitenhof der Familie im 73-Seelen-Ort Stelzendorf am Ufer des Zeulenrodaer Meers, eingebettet in die malerische Landschaft des Vogtlands.

Man kann im Innenhof sitzen, neben Hochbeeten und Blumenkübeln. Oder im Gastraum auf gemütlichen Sofas zwischen Bauernmöbeln und Kaminofen. Und dabei die Torten und Kuchen der Hausherrin verputzen, oder Shakshuka mit Sellerie-Möhren-Salat. Alles aus der Region oder gleich dem eigenen Garten.

Es ist, kurz, der wahr gewordene Traum der grünen Eliten aus Berlin-Mitte, Hamburg-Ottensen oder dem Münchner Glockenbachviertel. Und es ist ein Ort, für den sich bodenständige Vogtländer aus Triptis und Weida, Schleiz und Plauen extra in ihren Diesel-SUV setzen.

Bergmanns Café bringt Menschen zusammen, die neben Argwohn und Abneigung wenig miteinander verbindet, die sich außer Vorwürfen kaum noch etwas zu sagen haben. Alle im weiten Umkreis wüssten, wie sie über die AfD denke, sagt sie. Aber sie grenze niemanden aus, jeder Gast sei willkommen. »Die wissen ja, dass sie im Zweifel 'ne Ansage von mir bekommen.« Sie würde ohne Bedenken auch eine bekennende AfD-Wählerin einstellen: »Dann wäre es doch gut, wenn sie hört, wie wir beim Mittagessen über die Dinge sprechen.«

Am besten, findet sie, predige man Toleranz und Offenheit nicht, sondern mache sie erlebbar. Show, don't tell. »Heute Morgen zum Beispiel war hier ein sehr dunkelhäutiger Tourist aus Malaysia zu Gast, außerdem ein verliebtes schwules Pärchen«, erzählt sie, »das ist für euch in Hamburg nichts Besonderes, hier aber schon. Und an den Tischen drum herum saßen die Einheimischen. Für die wird es jedes Mal ein Stück normaler, wenn die sehen, das sind Gäste wie ich und alle anderen auch und werden genauso nett behandelt.« Die AfD, sagt Bergmann, überzeuge auch nicht mit Logik, sondern mit Emotionen.

Dabei ist die Mutter von vier Kindern alles andere als naiv. Die 48-jährige Juristin kann die Begriffe entschlüsseln, mit denen die AfD in ihren Programmen ihre Absichten verschleierte. Ihr Mann arbeitet als Arzt in einem regionalen Krankenhaus, in dem wie überall der Betrieb wohl sofort zusammenbrechen würde ohne Mediziner und Pflegekräfte aus dem Ausland. Ihr Sohn kann berichten, welchen Anfeindungen Mitschüler aus Flüchtlingsfamilien mitunter ausgesetzt sind.

Björn Höcke tritt im Wahlkreis gleich nebenan an. Was ist, wenn er der nächste Ministerpräsident wird? »Dann«, sagt Bergmann und beschreibt mit ihrem Arm einen Halbkreis durch den Gastraum, »halten wir genau hier weiter die Fahne der Weltoffenheit hoch.«

Tim Bartz, Florian Diekmann